



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn
Udo Hemmelgarn, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 23. Dezember 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Dezember 2019**
HIER **Arbeitsnummer 12/184**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Markus Kerber

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Udo Hemmelgarn
vom 12. Dezember 2019
(Monat Dezember 2019, Arbeits-Nr. 12/184)

Frage

Wie bewertet die Bundesregierung die an Bundesminister Seehofer auf dessen im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Deutschen Bundestages am 25.09.2019 ausdrücklich angesprochenen Wunsch von mir übergebene Liste mit Kommunen, die in der Vergangenheit nach meiner Auffassung durch finanzielle Misswirtschaft zur Höhe ihrer Verschuldung beigetragen haben, und den dort benannten Beispielen, die nach meiner Auffassung kommunale Fehlentscheidungen und Misswirtschaft darstellen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Bewertung und eigenen möglicherweise vorhandenen Kenntnissen von Kommunen, die in der Vergangenheit selbst durch finanzielle Misswirtschaft zur Höhe ihrer Verschuldung beigetragen haben?

Antwort

Die Bundesregierung kommentiert finanzwirksame Entscheidungen einzelner Kommunen nicht. Die Aufsicht über die Haushalte der Kommunen führen die jeweiligen Länder. Im Interesse der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist der Bund gleichwohl unter engen Voraussetzungen bereit, einen Beitrag zur Lösung der Altschuldenproblematik einzelner Kommunen zu leisten. Voraussetzung dafür ist, dass es einen nationalen politischen Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen. Der Bundesminister der Finanzen führt derzeit Gespräche, um die Chancen auf einen solchen nationalen politischen Konsens bei der Altschuldenproblematik zu sondieren.